

Mai zeitung 2013

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Es reicht!

„Wir zahlen nicht für eure Krise!“, diese Parole war Leitmotiv zahlreicher Demonstrationen vergangener Jahre, und „Banken in die Schranken!“ hieß es bei den Demonstrationen von occupy. Heute bestimmt die Diskussion um „Rettungsschirme“ für von der Finanzkrise besonders getroffene Länder wie Zypern, Griechenland, Spanien oder Portugal die Medien, vielfach begleitet von einer üblen nationalistischen Demagogie, gegen „die Pleitegriechen“ oder „die faulen Südländer“. Da gerät es schnell in Vergessenheit, wenn die Bundesregierung ihren Armuts- und Reichtumsbericht fälscht, Sozialdaten zurechtgebogen werden oder die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben ungebremst fortschreitet, und es treten verstärkt diejenigen auf den Plan, die die Agenda 2010 schönreden und als deutsches Erfolgsrezept preisen.

Europäischer Rettungsschirm

Der Begriff „Rettungsschirm“ hat das Potential, Unwort des Jahres 2013 zu werden. Einer wachsenden Zahl von Eurostaaten droht der Bankrott. Vor allem Staaten Südeuropas haben große Schwierigkeiten, sich auf dem privaten Kapitalmarkt Geld zu beschaffen. Um ihren Zusammenbruch zu verhindern, springen die Staaten Europas mit Steuermitteln und Garantien für Bankkredite ein, aktuell mit einem Volumen von über 1.000 Milliarden Euro. In den Medien werden die Rettungsschirme als Akt internationaler Solidarität dargestellt. Es muss aber gefragt werden, wem sie wirklich nützen. Die Gläubiger der südeuropäischen Länder sind vor allem Banken der nordeuropäischen Länder. Die Rettungsschirme sollen also diese vor Verlusten und schlimmstenfalls vor dem Bankrott bewahren. Selbst die FAZ bezeichnete die „europäische Politik“ als „Erfüllungsgehilfe der Großanleger“. Doch auch die deutsche Exportwirtschaft – ca. 40% Prozent des deutschen Exports gehen in die Euro-Länder – braucht „Hilfe“. Krisenbedingt gehen die Exporte in die Länder Südeuropas zurück. Exporte nach Südeuropa, die den Umfang der Importe von dort übersteigen, können über Kredite der Bundesbank finanziert werden. Ende Juni 2012 betrugen sie ca. 730 Milliarden Euro. Diese Kredite der Notenbank sind in der Praxis „Rettungsschirme“ zur Finanzierung von Exporten. Die Rettungsschirme sind also vor allem Rettungsschirme für Banken und die Exportindustrie.

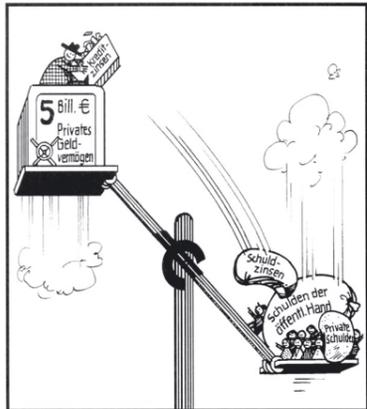
Verelendung in Südeuropa

Die Rettungsgelder im Interesse der Banken werden nicht bedingungslos gegeben. Die europäischen Geldgeber diktieren gemeinschaftlich, was zu tun ist, um wieder kreditwürdig zu werden, d.h. Kredite privater Banken ohne Staatsgarantie zu bekommen: Kürzung von Löhnen, Renten und Arbeitslosengeldern, Demontage von Arbeitnehmerrechten, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Abbau im Bildungs- und Gesundheitswesen und nicht zuletzt die Privatisierung staatlicher Infrastruktur. Die von der EU Südeuropa verordneten Verelendungsprogramme verbilligen die Ware Arbeitskraft und erhöhen die Profite des

Kapitals in Europa. Unschwer ist die Logik hinter der Auflistung der Maßnahmen zu erkennen: Es ist die Politik der Agenda 2010, die jetzt in andere Länder exportiert wird.

Von wegen Jobwunder

Vor dem Hintergrund der Krise in Südeuropa wird in den Medien die Agenda 2010 vielfach als Erfolgsmodell und Jobmotor gefeiert. Doch für wen ist die Agenda 2010 ein Erfolg? Mit der Agenda 2010 hat sich in Deutschland der Niedriglohnsektor explosionsartig ausgeweitet. 2,5 Mil-



lionen Menschen verdienen nicht einmal 6 Euro die Stunde, rund 1,4 Millionen von ihnen bekommen weniger als 5 Euro. Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge und immer öfter auch miserabel bezahlte Arbeit auf der Basis von Werkverträgen markieren den Niedergang sozialer Standards in Deutschland. Obwohl es vordergründig mehr „Jobs“ gibt, hat das Arbeitsvolumen kaum zugenommen. Zwischen den Jahren 2000 und 2011 ist die Zahl der bundesweit geleisteten Arbeitsstunden gerade einmal um 0,3 Prozent angestiegen, während im gleichen Zeitraum die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollerwerbsarbeitsstellen um 1,8 Millionen gesunken ist. Die Ausweitung von prekärer Arbeit und Niedriglohnsektor und die Kürzung des Bezuges von Arbeitslosengeld auf maximal ein Jahr erhöhen den Druck auf die Löhne und beschädigen die Würde der Menschen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland leiden unter der gleichen Politik wie diejenigen in Südeuropa, hier ist unsere Solidarität gefordert.

Der kommunale Rettungsschirm

Fast alle Städte, Gemeinden und Landkreise können schon seit Jahren ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen. Verantwortlich dafür ist keinesfalls – wie immer wieder behauptet – eine zu hohe Anspruchshaltung der Bürgerinnen und Bürger, sondern in erster Linie eine Steuerpolitik auf Bundes- und Landesebene, deren Ziel die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben ist und die den Kommunen systematisch das Geld entzieht. Durch die Kürzung der Landeszuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich um 350 Millionen jährlich hat die hessische Landesregierung die Lage nochmals dramatisch verschärft. Ein Bruchteil dieses Geldes (ca. 120 Millionen Euro) wird jetzt den „Rettungsschirmkommunen“ als „Entschuldungshilfe“ zur Verfügung gestellt. Wer den „Schutzschirm“ in Anspruch nehmen will, erhält vom Land die

Auflage, die öffentlichen Dienstleistungen einzuschränken und massiv die Gebühren zu erhöhen. In Rüsselsheim – wie in allen Schutzschirmkommunen – wird bei der Begründung von Sozial-, Bildungs- und Infrastrukturabbau in Zukunft zum Totschlagargument der Schuldenbremse noch der Hinweis auf die vertraglichen Verpflichtungen aus der Teilnahme am kommunalen Rettungsschirm kommen.

Da aber die Bürgerinnen und Bürger das finanzielle Ausbluten der Kommunen nicht zu verantworten haben, müssen sie auch nicht der falschen Logik des kommunalen Rettungsschirms folgen. Ob Kitastandards oder Stadttheater, ob Jugendräume oder Hallenbad alle sozialen Errungenschaften müssen gegen eine verfehlte Sparpolitik verteidigt werden. Nur eine Gemeindefinanzreform, die die Einnahmeseite der Kommunen stärkt und damit die finanzielle Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und

Aus dem Inhalt:

Betreuungsschulrealität in Rüsselsheim	S. 2
Kahlschlag in der Jugendförderung	S. 2
Zukunft @ hp	S. 3
Rentenappell	S. 3
Faule Griechen?	S. 4
Kundgebung am 1. Mai	S. 4

Landkreise wieder herstellt, kann die Probleme wirklich lösen

Ausblick

Am 1. Mai treten international Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre sozialen und politischen Rechte ein. Die gegenwärtigen aggressiven Angriffe, die europaweit gegen einmal erreichte soziale Standards geführt werden, stoßen insbesondere in den Ländern Südeuropas bereits auf heftige Gegenwehr der von Verelendung bedrohten Menschen. Mit ihnen gemeinsam gilt es der sozialen Kälte entgegenzutreten.

Die Profiteure des Wirtschaftssystems, das uns die gegenwärtige Krise beschert hat, sollen für die Folgen ihrer misslungenen Geschäfte aufkommen. Sie sind der Adressat unserer Forderungen, in Griechenland, Spanien, Zypern, Frankreich, Deutschland und überall.

Schutzschirm oder Abrissbirne?

ver.di

Eigentlich sind Begriffe wie „Schutz“, „Schirm“ oder „Sparen“ ja positiv besetzt. Sie erzeugen Gefühle wie Geborgenheit, Sicherheit, Zuversicht und Hoffnung. Und genau deshalb werden diese Begriffe von der Politik schamlos benutzt, um bei der Bevölkerung zu verschleiern, was wirklich passiert:

- **Raubbau an Errungenschaften für die wir, unsere Eltern und Großeltern gekämpft, gearbeitet und, ja, gespart haben und**
- **Vernichtung von Zukunftsperspektiven für uns und unsere Kinder.**

Gerade am 1. Mai ist es wichtig, sich daran zu erinnern: Einrichtungen wie Theater und Musikschule in öffentlicher Trägerschaft zu haben bedeutete eine Befreiung aus feudalen Strukturen. Zugang zu Bildung und Kultur hatten jahrhundertlang nur Adel und Großbürgertum. Erst spät erarbeiteten – und erkämpften – sich andere Schichten wie Arbeiter und Handwerker Recht und Möglichkeiten dazu

und es ist sicher kein Zufall, dass gerade eine Stadt wie Rüsselsheim sich solche Einrichtungen schuf.

Im September 2012 erfuhren die Menschen in Rüsselsheim, dass heimlich darüber nachgedacht wurde, das Theater und die Musikschule zu schließen. Die Menschen in Rüsselsheim fragten dann einmal vorsichtig nach, was das denn solle und erfuhren, man solle sich doch nicht aufregen, es sei ja noch nichts beschlossen... Das war den Menschen in Rüsselsheim aber zu wenig. Sie regten sich ungehörigerweise trotzdem auf, denn sie fanden, dass es wahrscheinlich nichts nützen würde, wenn sie sich erst aufregen würden, wenn schon alles beschlossen sei.

Also meldeten sich die Menschen in Rüsselsheim zu Wort und unterschrieben auf zwei Listen:

- **Wir wollen unser Theater behalten**
- **Wir wollen unsere Musikschule behalten**

Das unterschrieben allein im November und Dezember über 12.000 Menschen. Die Listen wurden im Januar an die Politik übergeben und haben hoffentlich für mehr Nachdenken darüber gesorgt, was die Aufgabe von gewählter Politik wirklich ist: Ermöglichen, nicht Verhindern.

Es wäre gefährlich, zu glauben, dass die Anschläge auf die Errungenschaften in Bildung und Kultur damit abgewehrt wären. Bleiben wir wachsam, sehen wir unseren „Volksvertretern“ auf die Finger, belauschen wir ihre Hinterzimmergespräche und verteidigen wir das, was wir, unsere Eltern und Großeltern geschaffen haben!

PS:
Auch nach der offiziellen Übergabe der Unterschriften haben die Menschen in Rüsselsheim nicht aufgehört und weiter gesammelt. Inzwischen sind es schon über 14.000 Unterschriften geworden.

ver.di Vertrauensleute
bei der Stadt Rüsselsheim

Kahlschlag in der Jugendförderung - Gegen die Interessen der Jugend!

ver.di

In den letzten 12 Jahren wurden in der Jugendpflege, jetzt Jugendförderung, Angebote für Kinder und Jugendliche gnadenlos zusammengestrichen. Dies geschah alles unter der Vorgabe von Sparprogrammen und Haushaltskonsolidierungskonzepten.

Die Jugendarbeit wurde und wird als vermeintliche „freiwillige Leistung“ angesehen, obwohl im SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) klar die Zuständigkeit von Kommunen für das Erbringen von offener Jugendarbeit gesetzlich festgeschrieben ist.

Aber wir wurden seitdem immer schon als „entbehrlich“ angesehen: Es wurden drei Kinder- und Jugendeinrichtungen geschlossen, das Spielmobil wurde abgegeben und die drei jährlich stattfindenden Erholungs-freizeiten ersatzlos gestrichen. Infolge der weggefallenen Aufgaben wurden natürlich auch die entsprechenden Stellen gestrichen. Dies wurde bisher mit der natürlichen Fluktuation von Personal bewerkstelligt. Wir haben 10 Kolleginnen und Kollegen verloren!

Defizit trotz Kahlschlag

Haben diese „Sparmaßnahmen“ etwas zur Haushaltskonsolidierung beigetragen? Nein, ganz im Gegenteil! Die Haushaltslage der Stadt Rüsselsheim hat sich trotz dieses Kahlschlags in der Jugendförderung noch dramatisch verschlechtert!

Haben die Verantwortlichen daraus etwas gelernt? Auch hier ein klares NEIN!

Jetzt in Zeiten des sogenannten

„Hessischen Rettungsschirms“ geht es grad so lustig weiter, nur dass diesmal alle Leistungen der Jugendförderung komplett als Maßnahmen zur Einsparung im Konzept stehen:

„Einstellung der freiwilligen Jugendförderung, des Jugendbildungswerks, des Kinder- und Jugendbüros, des Streetworks, der Ferienspiele und die Schließung der Jugendhäuser“. So weit, so schlecht!

Aus für die Jugendförderung

Was bedeutet aber der komplette Wegfall von offener Jugendarbeit für Rüsselsheim?

- Keine Jugendbildungsseminare zum Erwerb interkultureller und Medienkompetenz, keine Anti-Rassismus-Workshops, kein Safer Internet Day!
- Keine Zusammenarbeit und Unterstützung der Schulen im Unterricht und in Arbeitsgruppen!
- Keine Beteiligung und Partizipation von Jugendlichen am politischen Geschehen in der Stadt!
- Keine Einbindung von Jugendlichen an der Willensbildung und Übernahme von eigener Verantwortung in der Stadtgesellschaft!
- Keine aufsuchende Arbeit der Streetworker!
- Keine Krisenintervention bei auffälligen Jugendlichen und Jugendgruppen im Stadtgebiet und keine Lösung der Probleme zwischen Jugendlichen und Bürgern!

- Keine Ferienspiele und damit keine verlässliche Betreuung der Kinder von berufstätigen Eltern während der Ferien!
- Keine Jugendhäuser in den Stadtteilen, keine offenen und erlebnispädagogischen Angebote und keine kostenlosen Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche!
- Keine Hilfen bei Bewerbungen und Jobsuche für Jugendliche!
- Keine Möglichkeiten des sozialen Lernens und des Erwerbs von sozialen Kompetenzen!
- Keine Hilfen für benachteiligte Jugendliche und damit große Perspektivlosigkeit für Jugendliche!
- Keine Drogenpräventionsarbeit!

Das Neue: die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung denken diesmal laut über betriebsbedingte Kündigungen nach und sprechen dies auch öffentlich aus!

Wir nennen das nicht Haushaltskonsolidierung! Wir nennen das Sozialabbau, Zerschlagung von öffentlichen Dienstleistungen und Vernichtung von Existenzen! Die Krise trifft nicht nur Island, Irland, Griechenland, Zypern, Spanien, Portugal und die USA. Die weltweite Krise des Banken und Wirtschaftssystems, der ungezügelter Finanz-Kapitalismus, trifft uns alle!

ver.di Vertrauensleute
bei der Stadt Rüsselsheim

Ausbildung und Übernahme Stadt schleicht sich aus der Verantwortung

Schlechte Karten bei der Ausbildungsplatzsuche haben junge Menschen in Rüsselsheim. Für die über 1500 jugendlichen Ausbildungsplatzsuchenden in Rüsselsheim sinkt das Angebot an Ausbildungsplätzen immer mehr. Die Stadt mit ihren Eigenbetrieben dient hier bestenfalls als schlechtes Vorbild. Bei den Betriebsbetrieben wurden seit 2012 die Ausbildungsplätze von 21 auf aktuell 10 reduziert. Bei der Stadt wurden 2010 alle 7 nichtverwaltungs-spezifischen Ausbildungsplätze (wie z. B. Sport- und Fitnesskaufmann/frau oder Bauzeichner/in) in der Stadtverwaltung gestrichen.

Klare Forderung der ver.di-Jugend:

Ausbildungsplätze erhalten und weiter ausbauen!

Was kommt nach einer guten, erfolgreichen Ausbildung? Übernahme oder Arbeitslosigkeit?

In diesem Jahr werden bei der Stadtverwaltung 4 von 7 Auszubildenden übernommen. Das ist schon mal ein Anfang, aber auch dafür musste die ver.di-Jugend kämpfen. Bei den Betriebsbetrieben gibt es für alle 4 Auszubildenden noch keine Information zur Übernahme. Das Ziel der Stadt sollte sein, allen Auszubildenden eine Übernahme anbieten zu können. Der Personalbedarf ist bei den Eigenbetrieben und in der Verwaltung gegeben. Schuttschirm und Sparpolitik fördern die Jugendarbeitslosigkeit und ebenso wie Sparprogramme in den sogenannten Krisenländern in der EU die Perspektivlosigkeit junger Menschen. Die ver.di-Jugend fordert deshalb die Stadt auf:

- Alle ausgebildeten Fachkräfte zu halten und zu übernehmen!
- Gebt der Jugend eine Chance!

ver.di Vertrauensleute
bei der Stadt Rüsselsheim

Betreuungsschulrealität in Rüsselsheim WIR SPAREN uns die Integration!

ver.di

Erziehungswissenschaftlich ist erwiesen, dass das Sozialverhalten von Kindern in und durch Gruppen gestärkt, Vorurteilen entgegengewirkt und das Zusammenleben gefördert wird. Bereits seit geraumer Zeit müssen Eltern in Rüsselsheim zur Beantragung von Plätzen für Kitas und Horte Nachweise vorlegen, dass sie berufstätig sind und aus diesem Grund den Betreuungsplatz „dringend brauchen“. Wer nicht berufstätig ist, muss in der Tat damit rechnen, keinen bzw. maximal einen Vormittagsplatz für sein Kind an einer Kita zu erhalten. Leidtragende sind die Kinder, welche keine Chance bekommen, sich mit Gleichaltrigen zu entwickeln, voneinander zu lernen, miteinander zu kommunizieren und Freunde zu finden.

Rüsselsheim ist bekannt, für seine hohe Zahl an Einwanderern

Seit der Zeit der Anwerbung wurde mehr oder weniger leidenschaftlich und erfolgreich versucht, Menschen mit Migrationshintergrund, welche in dieser Stadt leben, zu „integrieren“. Tatsächliche und gelebte Integration ist besonders für die Bildung, Förderung und Entwicklung der Kinder von großer Bedeutung, um später am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Die Stadt hat dies vor langer Zeit u.a. zum Anlass genommen, städtische Betreuungsschulen (welche im Übrigen rund 500 Kinder pro Schuljahr betreuen) zu installieren, um allen Kindern nach dem Unterricht dieses gemeinsame Lernen, eine individuelle Förderung und aktive Freizeitgestaltung angeeignet zu lassen. Es ging um die Förderung der Gemeinschaft, ohne Ansehen von Religion, Einkommen oder Status.

Dieses Angebot wird sehr gut angenommen und die Betreuungszahlen zeigen seit Jahren steigende Tendenz. Jetzt aber verhält es sich so, dass Eltern, welche ihre Kinder in den städtischen Betreuungsschulen anmelden möchten, ebenfalls den Nachweis vorlegen müssen, dass sie berufstätig sind und daher (und nur daher) den Betreuungsplatz benötigen.

Wer nicht arbeitet, soll sein Kind zuhause betreuen!

Schulische Mittagsbetreuung sei Aufgabe der Schulen heißt es. Wer sich einmal damit beschäftigt hat weiß, dass es noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, dauern wird, bis das große Ziel

der Ganztagschule erreicht ist. In Rüsselsheim gibt es diesbezüglich lediglich rudimentäre Angebote. Aber was bedeutet das? Vorbei mit dem gemeinsamen Lernen in der Gruppe? Das AUS der Gleichbehandlung? Das Ende der Integration? Wir drehen die Uhren zurück, isolieren und grenzen aus! Ja, wir sparen!

Eine Mutter mit Migrationshintergrund, welche eine Ablehnung für die Betreuungsschule erhalten hat, drückte es sehr deutlich aus: „Ich arbeite nicht, weil ich keine Chance hatte zur Schule zu gehen oder einen Beruf zu lernen. Keiner nimmt mich. Ich möchte, dass es meine Tochter einmal besser hat als ich und deshalb soll sie in die Betreuungsschule gehen. Ich kann ihr nicht bei schulischen Fragen helfen oder ihr die Freunde ersetzen und eine private Nachhilfe kann ich mir nicht leisten. Und wie soll ich ihr erklären, dass sie den Nachmittag nicht mehr mit ihren Freunden verbringen kann?“

Was soll ich denn jetzt tun, wenn sie nicht in die Betreuungsschule darf? Die Schule bietet nichts an. Ich weiß nicht weiter!“

Ein betroffener Vater: „Kein Platz in der Kita bekommen, jetzt Betreuungsschule abgelehnt und Jugendhaus auch zu...die Stadt gibt uns keine Hilfe mehr mit unseren Kindern!“ Ursache dieser Probleme sind Haushaltskonsolidierung und Spar-diktat der Kommunalpolitik.

ver.di Vertrauensleute
bei der Stadt Rüsselsheim



Rüsselsheimer Erzieher/innen bei der Demo gegen das Kinderförderungsgesetz am 9. April 2013 in Wiesbaden

Inklusion nicht zum Nulltarif



2009 trat die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (BRK) in Kraft. Die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesländer verpflichteten sich mit ihrer Unterschrift, sicherzustellen, dass „Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben.“ In Hessen ist seitdem nicht viel passiert. Das neue Schulgesetz stellt das Menschenrecht auf eine inklusive Schule weiter unter „Ressourcenvorbehalt“. Der Anteil der Kinder in Förderschulen ist seit Inkrafttreten der BRK in Hessen sogar weiter angestiegen. Über 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Fachtagung des Kreisverbands Groß-Gerau der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) widersprachen Ende Februar ausdrücklich der Behauptung des Kultusministeriums, die Inklusion sei in Hessen „auf einem guten Weg“ und es gebe „im ganzen Land Angebote für gemeinsamen Unterricht“. Tatsächlich ist die Zahl der Lehrkräfte für eine inklusive Beschulung seit Jahren unverändert „gedeckelt“. Schulen, die sich auf den Weg zur Inklusion machen wollen, bekommen dafür kein zusätzliches Personal. Die Qualität der Förderung leidet unter einer auf wenige Stun-

den in der Woche begrenzten und auf mehrere Schulen verteilten Beratungstätigkeit der Förderschullehrkräfte. Auch die Aufhebung der Klassenobergrenze für Klassen mit gemeinsamem Unterricht wirkt sich negativ auf die Möglichkeiten für eine individuelle Förderung aus. Verzweifelte Eltern bleibt oft nur der kurze Weg zur direkten Anmeldung in der Förderschule, die ganz ohne bürokratische Hindernisse und aufwändige Anträge und Gutachten möglich ist.

Bestandsschutz für erfolgreiche Projekte

Aktuell engagiert sich die GEW im Kreis Groß-Gerau ganz besonders auch dafür, dass sich die Bedingungen an den Schulen im Kreis Groß-Gerau, die seit vielen Jahren erfolgreiche Konzepte auf dem Weg zur Inklusion umsetzen, nicht weiter verschlechtern. Dazu heißt es in der Abschluss-erklärung der Fachtagung: „Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bestehende multiprofessionelle Teams von Förderschullehrkräften, Regelschullehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften nicht zerrissen werden, sondern ihre Arbeit mit ausreichenden Ressourcen und umfassender Unterstützung bei der Entwicklung inklusiver Strukturen fortsetzen können.“

Harald Freiling,
GEW-Kreisverband Groß-Gerau

Ansprechpartner im „Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit“:

Volkhard Guth, 06142/175211
Bernd Heyl, 06152/1877471
Gerhard Christ-Steinicke, 06144/41690
Hans-Peter Greiner, 06142/46798

Postanschrift:

Aktionsbündnis für soziale
Gerechtigkeit
Weisenaue Straße 31,
65428 Rüsselsheim

Gezeichnete Artikel geben die
Position der Organisation oder der
Person wieder.

Ganz gewöhnliche Profitstabilisierung - ganz gewöhnlich menschenverachtend

Am Freitag, den 1.2.2013 um 15:30 erhielten die 1100 Beschäftigten von HP in Rüsselsheim eine Mail ihrer Geschäftsleitung. Darin wurde ihnen lapidar mitgeteilt, dass der HP-Standort zum 31.10.2013 geschlossen wird. 200 Beschäftigte sollten im Zuge des von GM global geplanten Insourcing der Informationsdienstleistungen zu GM/Opel übergehen, was inzwischen geschehen ist. Das Rechenzentrum soll mit weiteren knapp 50 Mitarbeitern von einer anderen Firma weiterbetrieben werden. Die restlichen 850 „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ müssen selbst sehen, ob ihnen der Arbeitsmarkt noch eine Chance bietet.



Die Schließung des kompletten Betriebs ist besonders unsozial, da soziale Kriterien bei den angedrohten Entlassungen keine Berücksichtigung finden. Es trifft alle – ungeachtet der Länge der Betriebszugehörigkeit, des Alters, der Familienverhältnisse oder von Schwerbehinderungen. Zudem wurde die Entscheidung ohne die gesetzlich vorgeschriebene Einbeziehung der Betriebsratsgremien getroffen. Für die deutsche Geschäftsleitung ist es die einfachste Möglichkeit, die globalen Vorgaben zur Kostensenkung durch Personalreduktion um knapp 10 Prozent umzusetzen.

Seit Jahren schwarze Zahlen

Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darüber hinaus besonders verbittert: HP schreibt seit Jahren tief schwarze Zahlen. Die Eigenkapitalrendite von HP lag in den Jahren 2006 bis 2011 bei ca. 20%. Herr Ackermann wäre bei der Deutschen Bank über solche Zahlen glücklich gewesen. Nur 2012 gab es einen großen Verlust, weil „plötzlich“ klar wurde, dass die für mehr als 10 Milliarden Dollar gekaufte Softwarefirma Autonomy wohl weniger als 2 Milliarden wert ist. Schwierigkeiten hat HP auch in seinen klassischen Geschäftsbereichen Drucker, PCs und Server. Der für IT-Dienstleistungen zuständige Bereich Enterprise Services in Deutschland aber, zu dem fast alle in

Rüsselsheim Beschäftigten gehören, erwirtschaftete durchgängig Gewinne, aber offenbar zu wenig in den Augen der Geschäftsleitung.

Protest und Solidarität

Nach Einschätzung von Kennern des IT-Servicegeschäfts wäre die Umsetzung des Schließungsbeschlusses

Rüsselsheim auf Antrag der Linken/ Liste Solidarität einstimmig ihre Unterstützung „aller Aktivitäten von Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaften, um die Maßnahmen der HP Geschäftsleitung zu verhindern“ und forderte die hessische Landesregierung auf, im gleichen Sinn aktiv zu werden.

zukunft@hp
Rüsselsheim ist überall!

nicht nur menschenverachtend sondern angesichts der Kompetenz und Kundenbeziehungen der in Rüsselsheim Beschäftigten auch geschäftsschädigend.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Beschlusses gab es von Beschäftigten und Betriebsräten an anderen Standorten Solidaritätserklärungen, zum Teil verbunden mit konkreten Zusagen, bestimmte Überstunden und Rufbereitschaften nicht mehr zu genehmigen. Allen ist klar, dass eine widerstandslose Hinnahme dieser Entscheidung der Geschäftsleitung auch jeden anderen Standort zum Abschluss frei gibt.

Die Empörung äußerte sich auch in E-Mails, in denen angekündigt wurde, keine HP-Produkte mehr zu kaufen. Von außen gab es ebenfalls Solidaritätsbekundungen. So erklärte die Stadtverordnetenversammlung

Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften IG Metall und ver.di haben inzwischen mit vielfältigen Protesten in Rüsselsheim und bei der IT-Messe CeBIT in Hannover ihren Widerstandswillen im Sinne der Forderung nach „dem Erhalt der Arbeitsplätze und einer Perspektive für alle Beschäftigten bei HP!“ klar gemacht. Inwieweit es über Proteste parallel zu den nun angelaufenen Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung hinaus zu Arbeitskampffaktionen im Rahmen einer Forderung nach einem Sozialtarifvertrag kommt, ist noch offen. Ob die Standortschließung noch verhindert werden kann, hängt also wesentlich vom Ausmaß der Solidarität innerhalb der HP-Belegschaften, aber auch von außen, ab. Einen kleinen Beitrag kann dazu jede und jeder auf <http://zukunft-at-hp.de/leisten>.

Heinz-Jürgen Krug

Gute Arbeit – im freien Fall!

Arbeitsbedingungen sind Lebensbedingungen. Seit Jahren fordern Gewerkschaften, Initiativen und Kirchen „Gute Arbeit“ und kämpfen mit diesem Begriff branchenübergreifend für existenzsichernde, menschenwürdige Beschäftigungsverhältnisse. Aus gutem Grund. Denn statt einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und einer gerechten Verteilung von Arbeit und Lohn explodiert die Zahl prekär Beschäftigter durch Leiharbeit, Befristung und oder durch geringfügiger Beschäftigung im Niedriglohsektor. Deutschlandweit und auch vor Ort. Schockierend ist die Realität von ArbeitnehmerInnen in der Gebäudereinigungsbranche und dem Baugewerbe im Frankfurter Raum. Unter Vorpiegelung falscher Tatsachen werden Tausende Beschäftigte um ihren Mindestlohn gebracht. Statt nach Stunden den Mindestlohn von neun Euro brutto in der Hotelreinigung zu zah-

len, wird nach Quadratmetern oder nach Anzahl der gereinigten Zimmer abgerechnet. Der faktische Lohn pro Stunde übersteigt kaum zwei Euro. Betroffen sind besonders Frauen und Männer mit Migrationshintergrund. Viele der im Baugewerbe Beschäftigten sind gut qualifizierte Hilfsarbeiter aus dem mittel- und osteuropäischen Raum. Sprachbarrieren werden systematisch ausgenutzt, um undurchsichtige Dumpingverträge durch Unterschrift rechtsgültig zu machen. Die Unterkünfte, in denen die von Subunternehmen angeheuerten Bauarbeiter hausen, sind Baracken zu Wuchermieten.

Lohndumping für hohe Rendite

All das geschieht im Dunkeln und wird im Dunkeln gehalten. Die dezentrale Organisation ermöglicht illegale Ma-

chenschaften. Aufgedeckt werden sie nur durch mühsame Recherche einzelner Initiativen. solange Missstände nicht einwandfrei nachgewiesen werden können, interessieren sich weder Auftraggeber noch Politik oder auch die Medien dafür. Zeitgleich lesen wir in großen Zeitungen Zeilen wie diese: „Wenn mein Geld so hart arbeitet, dann soll es auch gut verdienen!“ Dieser Werbeslogan der DWS Fondsgesellschaft ist die Ausgeburt eines Kapitalismus, der das Menschenrecht auf existenzsichernde Bezahlung für geleistete Arbeit aufs Äußerste pervertiert. Beschämend! Ein Schlag ins Gesicht all derer, die trotz Plackerei und harter Arbeit in unserer Gesellschaft verarmen. Von „guter Arbeit“ ist weiterhin nichts zu spüren!

Ingrid Reidt,

Katholische Betriebsseelsorge

Geschichte bewahren!

Rüsselsheim hat einige kultur- und stadtgeschichtliche Sehenswürdigkeiten: die Festung, die frühklassizistische Stadtkirche, den spätromantischen Verna-Park, das denkmalgeschützte Opel-Altwerk oder das Rathaus. Sie alle dokumentieren unterschiedliche Entwicklungsphasen der Stadt. Das ist bekannt. Dagegen ist die Wahrnehmung von Großsporthalle, Lachebad und Stadttheater in der Regel doch eine andere. Gleichwohl manifestiert sich in diesen Gebäuden und Einrichtungen

ebenfalls nicht nur ein wichtiger Zeitabschnitt Rüsselsheimer Geschichte. Sie sind Ausdruck der prosperierenden Zeit des Nachkriegs-Wohlfahrtsstaats und Symbole der Emanzipation der ArbeiterInnen der damaligen Autostadt. Auch ihnen sollte der Zugang zu klassischer und moderner Kultur - lange Zeit ein Privileg bürgerlicher Schichten - zu günstigen Bedingungen gewährleistet werden. Dasselbe galt für Sport und Freizeit, zur Freude und zum Ausgleich der Fabrikarbeit. Die modernen Wohnge-

bäude im Umfeld zählten auch dazu. All dies war zuvor keine Selbstverständlichkeit und wird heute wieder bedroht und in Frage gestellt. Das Opel-Altwerk ist ein Ort, in dem Arbeiterinnen und Arbeiter den Wohlstand der Stadt geschaffen haben. Stadttheater, Großsporthalle und Schwimmbäder sind Zeugnisse von erkämpften Errungenschaften, die es zu erhalten gilt: mit angemessener Nutzung und ohne Abriss.

Michael Flörsheimer,
BI Pro Opel-Altwerk

Immer wieder sonntags...

Hessische Allianz für den arbeitsfreien Sonntag geht mit den verkaufsoffenen Sonntagen „ins Gericht“



„Zum Entspannen in die Stadt“ – so lautete das Motto der Festveranstaltung, zu der die hessische Allianz für den arbeitsfreien Sonntag am 2. September 2012 als Kontrapunkt zum verkaufsoffenen Sonntag in die Frankfurter Innenstadt eingeladen hatte. Mit Redebeiträgen, musikalischen Einlagen und Möglichkeiten der Entspannung machten die Allianzmitglieder aus Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden noch einmal deutlich, wie wichtig der freie Sonntag für die Menschen und die Gesellschaft ist. Der Tag ging zu Ende, doch die eigentliche Aktion fing damit erst an: Denn die Veranstaltung war der Auftakt, nicht mehr „nur“ moralisch, sondern auch auf rechtlicher Ebene gegen die Aushöhlung des Sonntagschutzes vorzugehen.

Gesetzlich erlaubt ist die Sonntagsöffnung an maximal vier Sonntagen im Jahr nur dann, wenn ein bestimmter Anlass gegeben ist: eine städtische Messe, ein Markt oder ein Traditionsfest. Faktisch aber hat es in der Vergangenheit vielfach genau an diesem legalen Anlass bei Sonntagsöffnungen gefehlt. Vermeintliche Anlässe wurden stattdessen künstlich neu geschaffen. Unter diesen Umständen aber ist die Genehmigung der Ladenöffnung rechtswidrig.

An diese Rechtswidrigkeit knüpft das Engagement der hessischen Allianz an. Ein erstes juristisches Verfahren gegen

die Sonntagsöffnung in Frankfurt am 2.9.2012 hat Früchte getragen: Am 9.10.2012 hat das Verwaltungsgericht die Sonntagsöffnungen am 2.9.2012 sowie die am 4.11.2012 als eindeutig rechtswidrig erklärt. Die Sonntagsöffnung im November wurde abgeblasen.

Auf dieser rechtlichen Grundlage wird auch in Zukunft die hessische Allianz die geplanten Sonntagsöffnungen in der Region kritisch überprüfen. Die Info- und Protestveranstaltungen der Allianz am Dreikönigstag (6.1.2013) vor dem Loop 5 in Weiterstadt sowie auch die am Palmsonntag (24.3.2013) in Darmstadt haben mediales Aufsehen erregt. Doch der Sonntagsschutz ist und bleibt ein Kampf. „Wer in Zukunft sonntags arbeiten will, der muss nichts tun“ - mit diesem Motto weist die Allianz darauf hin, dass der arbeitsfreie Sonntag längst keine Selbstverständlichkeit mehr ist und ohne Widerstand von außen irgendwann dem Marktgeschehen zum Opfer fällt. Das Plädoyer des Verbundes von Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden lautet allen Widerständen zum Trotz: Der Sonntag ist ein Geschenk des Himmels, das es zu schützen gilt. Kämpft mit! Denn ohne Sonntage gibt es bald nur noch Werktage!

Ingrid Reidt,

Katholische Betriebsseelsorge

DGB Kreisvorstand Groß-Gerau und seine Ortsverbände

Rentenappell

Der DGB Kreisvorstand fordert die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien dazu auf, sich konsequent für folgende Forderungen einzusetzen:

1. Die Rente ab 67 ist umgehend zurückzunehmen. Unsere Mindestforderung ist die Rückkehr zur Zahlung der vollen Rente mit einem Renteneintrittsalter von 65 (für Schwerbehinderte 63) Jahren.

Der reale Renteneintritt - insbesondere der meisten Menschen mit Einkommen unter dem Durchschnitt - liegt sogar weit unter 65 Jahren. Die volle Rentenzahlung bei einem Renteneintritt mit 67 Jahren bedeutet also nichts anderes als eine weitere massive Rentenkürzung.

Ein früherer Renteneintritt mit voller Rentenhöhe ist nicht nur angesichts des Produktivitätsfortschritts ökonomisch sinnvoll sondern entspricht auch dem Willen der überwältigenden Mehrheit (in Umfragen über 80 Prozent) der Menschen in Deutschland.

2. Das Rentenniveau darf keinesfalls weiter abgesenkt werden. Ein Niveau von 54% (wie 1998) ist als absolute Untergrenze zu betrachten. Die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel sind zu streichen. In die Rentenformel ist eine Mindestdynamisierung einzubauen.

Dies sorgt dafür, dass die Rente derjenigen, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden, nicht schleichend verarmt wird. Bei einer weiteren Absenkung des Rentenniveaus droht massive Altersarmut

3. Durch Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 10 Euro und die Verhinderung von Zeitverträgen und Leiharbeit, die lückenhafte Rentenzahlungen erst ermöglichen, ist dafür zu sorgen, dass jede und jeder die Möglichkeit hat, eine armutsverhindernde Rentenanwartschaft zu erwerben.

4. Das Umlagenfinanzierte Rentensystem ist sowohl durch eine paritätische Beteiligung der Unternehmen über eine Anhebung des Beitragssatzes, als auch über eine allgemeine, einheitliche und solidarische Bürgerversicherung bei der alle Einkommensformen herangezogen werden zu stabilisieren.

5. UmFAIRteilen bedeutet auch, die bei Vermögenden angehäuften Reichtümer für die Verhinderung von Altersarmut einzusetzen. Deshalb brauchen wir eine steuerfinanzierte Rente nach Mindesteinkommen und eine steuerfinanzierte Absicherung von Alg. II Zeiten. Schließlich sind diese Werte von den jetzigen und künftigen Empfängern einer gesetzlichen Rente erarbeitet worden.

Der DGB Kreisvorstand Groß-Gerau und seine Ortsverbände erwarten, dass der DGB bundesweit in Koordination mit den Einzelgewerkschaften für diese Forderungen durch Aktionen innerhalb und außerhalb der Betriebe Druck machen wird.

Altersarmut - eine neue „alte Bekannte“?

Ergebnisse des Rüsselsheimer Sozialtribunals 2012

Oberflächlich betrachtet ging es keiner Rentnergeneration so gut wie der jetzigen. Doch schon heute fallen Schicksale von alten Menschen ins Auge, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nur mit vielen Einschränkungen aus ihrer Rente bestreiten können.

Vor allem in Folge der Massenarbeitslosigkeit seit den 80er Jahren wird der „Eckrentner“, also der Arbeitnehmer und vor allem die Arbeitnehmerin, der/die über eine Beschäftigungszeit von 45 Jahren ein etwa durchschnittliches Einkommen erzielt, zu einem immer selteneren Exemplar.

Reicht die Rente nicht zum Lebensunterhalt, muss Hilfe von Angehörigen in Anspruch genommen werden - oder die Fürsorge des Staates. Neben der durch zahlreiche „Reformen“ an Arbeitsmarkt und Rente verursachten Minderung des realen Einkommens älterer Menschen steigen aber auch die Belastungen. Finanziell schlagen die Verteuerung von Energie und Wohnraum zu Buche, ebenso die Kosten zur Erhaltung der Gesundheit.

Weniger beachtet werden die seelischen Beeinträchtigungen vieler alter Menschen, Folgen von Vereinsamung und Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben. Forderungen des Sozialtribunals, um einer zunehmenden Verarmung alter Menschen vorzubeugen:

- Einflussnahme der Kommunalpolitik auf renten- und sozialpolitische Entscheidungen des Bundes mit dem Ziel einer steuerfinanzierten Grundsicherung für alle



- weitere Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des selbstgenutzten Wohneigentums
- Angebote zur wohnortnahen psychosozialen Begleitung und Beratung
- Initiativen zum Mehrgenerationen-Wohnen
- Erhalt und Ausbau von Begegnungsstätten (nicht nur) für ältere Menschen
- einen öffentlichen Nahverkehr, der gerade älteren Menschen Teilhabe ermöglicht
- bessere Versorgungsmöglichkeiten im Nahbereich durch den Einzelhandel - als Aufgabe kommunaler Wirtschaftsförderung

Altersarmut schien überwunden geglaubt. Damit das so bleibt, bedarf es frühzeitiger Aufmerksamkeit und Initiativen - ein stereotyper Verweis auf den Sparzwang könnte fatale Folgen für die - noch - Jungen haben.

Hans-Peter Greiner, Katholische Arbeitnehmerbewegung Rüsselsheim

Faule deutsche Hartz IV-Simulanten in einem Bett mit faulen Griechen?



Faule Griechen, korrupte Bunga-Bunga-Italiener, spanische Siesta-Weltmeister, Zyprioten, die mit russischen Oligarchen kungeln, all die sind schuldig an der Eurokrise und der wackeligen Wirtschaftsentwicklung - und „Deutschland“ zahlt für die. So jedenfalls der Kenntnisstand, den die Bild-Zeitung und viele Politiker vermitteln wollen und der auch in vielen Internet-Chats (früher nannte man das Stammtische) angekommen ist.

Dagegen stehen Fakten:

Auslöser der Krise waren 2007 bekanntlich faule Kredite und daraus gebündelte vergiftete „Finanzprodukte“ und auf Wetten auf deren Wertentwicklung beruhende Papiere, Derivate von Derivaten... Börsenguru Warren Buffet bezeichnete sie als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“. Mit denen hatten - ausgehend hauptsächlich von den USA - weltweit Banken (insbesondere deutsche) und Hedgefonds sich gegenseitig und andere Kunden beglückt. Nachdem Merkel und Steinbrück noch Ende 2007 die Krise zu einem regionalen Ereignis weit hinterm Atlantik erklärten, musste dann 2008 am Rande der Legalität mit dem „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ (SoFFin) zur Rettung der deutschen Banken ein Schirm von 480 Milliarden Euro aufgespannt werden.

Zur Faktenlage gehört auch: Die „faulen Griechen“ arbeiten, so sie nicht inzwischen arbeitslos sind, im Jahr fast 50 Prozent mehr Stunden als wir Deutschen, gehen durchschnittlich im gleichen Alter von 61,9 Jahren in Rente, der Anteil von Staatsausgaben und Sozialversicherungen am Bruttoinlandsprodukt liegt in Griechenland (42%), niedriger als in Deutschland (45%), Frankreich (52%) und Schweden (59%).

Trotzdem ergaben sich im Laufe der zehn Eurojahre durch die von Hartz IV und Niedriglohnsektor befeuerten deutsche Exportwalze immer höhere Handelsdefizite der meisten südeuropäischen Länder. Wegen des einheitlichen Währungsraums hatten diese Länder keine Chance mehr, durch Währungsabwertungen die eigenen Produkte billiger zu machen. Dazu

kam die steigende Staatsverschuldung durch Bankenrettungsprogramme, sodass schließlich die sowieso nervösen Akteure auf den Finanzmärkten sicherere Häfen, wie Schweiz, Finnland, Niederlande, Deutschland, USA ansteuerten und die südeuropäischen Länder ihre Staatsanleihen nur noch mit extrem hohen Zinsversprechen los werden konnten.

Die daraufhin von der Troika (EU-Kommission, EZB, IWF) verabreichten „Rettungspakete“ waren immer mit massiven Kürzungsaufgaben bei Staatsausgaben, Löhnen, Sozialausgaben, Gesundheit verbunden.

Das Elend der Rettungspakete

Die Rettungsfolgen sind wirtschaftliche und soziale Abstürze: in Griechenland ging das BIP seit 2008 um fast 20%, in Spanien um ca. 16% nach unten, Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen und Staatsverschuldung stiegen massiv an; gerade auch in Ländern, die wie Spanien und Irland vor Krise und „Rettung“ eine wesentlich niedrigere Staatsschuldenquote als Deutschland hatten. Die sozialen, (un)menschlichen Folgen springen jedem, der beruflich oder touristisch nach Spanien, Portugal oder Griechenland reist in die Augen.

Georg Pieper, der als Psychiater und Traumatherapeut schon bei vielen Unglücken und Katastrophen in Deutschland im Einsatz war, berichtete im Oktober 2012 aus Griechenland: „Hochschwängere Frauen eilen betelnd von Krankenhaus zu Krankenhaus, doch weil sie weder eine Krankenversicherung noch genügend Geld haben, will niemand ihnen helfen, ihr Kind zur Welt zu bringen. Menschen, die noch vor kurzem zur Mittelschicht zählten, sammeln in einem Athener Vorort Obst- und Gemüsereste von der Straße, Junge, Alte, Kinder, ...

Wer in ein Krankenhaus geht, muss seine eigene Bettwäsche mitbringen, ebenso sein Essen. Seit das Putzpersonal entlassen wurde, putzen Ärzte, Schwestern und Pfleger, die seit

Monaten kein Gehalt mehr bezogen haben, die Toiletten. Es fehlt an Einweghandschuhen und Kathetern. Die Europäische Union warnt angesichts der teilweise verheerenden hygienischen Bedingungen vor der Gefahr einer Ausbreitung von Infektionskrankheiten ... Ganze Wohnblocks sind mittlerweile aus finanziellen Gründen von der Öllieferung abgeschnitten. ... Die Selbstmordrate hat sich in den vergangenen drei Jahren verdoppelt.“ (FAZ, 15.12.2012)

Proteste und juristische Klarstellungen

Gegen die „Rettungspakete“ gibt es inzwischen nicht nur wütende Proteste von unten. Das portugiesische Verfassungsgericht untersagte die Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes für Beamte und Rentner, das zypriotische Parlament stoppte die von der EU vorgesehene Enteignung der Kleinsparer. Und dass im Falle Zypern, das sonst für heilig erklärte Privateigentum von Banken und Vermögenden kurzerhand für Makulatur erklärt wird, sobald es um die höheren Interessen von größeren und mächtigeren Staaten, Banken und Vermögenden geht, hat für Unbehagen auch bei den „Eliten“ gesorgt. In Deutschland versucht man indes weiterhin, die Menschen mit einer Doppelstrategie bei der Stange und von Protest und Solidarität abzuhalten. Zum einen rollt die „Uns geht's ja noch Gold“ und „Faule Griechen/Italiener/Spanier/Zyprioten“-Kampagne weiter, zum anderen wird immer wieder der Sozialrassismus durch sarrazynische Hetze gegen Hartz IV - Empfänger angeheizt.

Im Herzen des europäischen Krisenregimes

Gegen diese Zustände setzt Attac auf gemeinsame Proteste „im Herzen des europäischen Krisenregimes“ - Blockupy 2013 am 31.5./1.6. bei der EZB in Frankfurt - und auf das solidarische, gemeinsame Entwickeln von Alternativen wie beim Weltsozialforum 2013 in Tunis.

Heinz-Jürgen Krug

Jetzt! Umsteuern für mehr soziale Gerechtigkeit



Zu einem konsequenten Umdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ruft die Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands (KAB) auf. Angesichts über drei Millionen Arbeitsloser, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, einer Spaltung der Gesellschaft, die Reiche reicher und Arme zahlreicher macht, einem ausufernden Niedriglohnbereich, der Armut trotz Arbeit schafft, und einer erschreckenden Zunahme der Altersarmut, die ältere Menschen zwingt trotz Rente sich mit Zusatzjobs über Wasser zu halten, ruft der katholische Sozialverband die Politik auf, endlich die Steuer herumzureißen.

- **Es ist ein Skandal, dass nach der Banken- und Finanzkrise die Politik die Bewältigung dieser Krise weiterhin auf dem Rücken der Bürger und Bürgerinnen in ganz Europa austrägt!**
- **Es ist ein Skandal, dass die Wirtschaft mit Lohndumping die Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern betreibt, um den Profit der Aktionäre zu steigern!**
- **Es ist ein Skandal, dass die Energiewende auf Kosten von Umwelt und Ressourcen verschleppt wird, um die Gewinne der globalagierenden Unternehmen zu steigern!**

Als christliche Bewegung für soziale Gerechtigkeit rufen wir die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft auf: Fair teilen, statt sozial spalten, damit nachhaltig leben und arbeiten möglich wird. Um den Sozialabbau zu stoppen, muss jetzt um-fair-teilt werden!

Reißt die Steuer rum!

Die KAB fordert die Einführung eines Spitzensteuersatzes von 50 Prozent auf alle Einkommen und Einkommensarten über 60.000 Euro pro Jahr und eine Vermögenssteuer.

Reißt die Steuer rum!

Die KAB fordert die Einführung einer 30-Stunden-Woche zur gleichwertigen Anerkennung aller Tätigkeiten von Frauen und Männern sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 9,70 Euro pro Stunde.

Reißt die Steuer rum!

Die KAB fordert eine Energiewende, die die Kosten sozial gerecht verteilt. Keine Entlastung von und keine Subventionen an Großunternehmen, die Raubbau an der Natur betreiben. Ein anderes Wirtschaften, das auf Nachhaltigkeit setzt und die regionalen Märkte stärkt, ist dringend notwendig.

Katholische Arbeitnehmerbewegung: Aufruf zum Tag der Arbeit

Nepper, Wirbelschlepper, Stimmenfänger -



Wenn Leib und Leben durch herausgerissene und durch die Luft wirbelnde Dachziegel unmittelbar und akut bedroht sind, dann sollte die längst überfällige Diskussion geführt werden, wie sich die betroffenen Menschen hier in der Region des fraportschen und lufthanseatischen Flughafenbetriebs in dieser Notsituation erwehren können. Wir dürfen uns nicht länger bis zur Stimmabgabe am 22. September mit Versprechungen und Vertröstungen hinhalten lassen. Die für uns etwas tun wollen, können dies schon gleich morgen am 2. Mai unter Beweis stellen, indem sie vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen. Was aber die Menschen nicht entbinden soll, die Dinge selbst verstärkt in die Hand zu nehmen. So kann der artikulierten Unmut und Widerstand gegen den Moloch Flughafen nicht länger im Terminal, auf der Straße oder den

Stadtplätzen verhaftet bleiben. Die Zeit ist reif, den Protest auch in den Luftraum zu tragen. Die Bürgerinitiativen sollten die 3. Dimension bei ihren Manifestationen nicht länger aussparen.

Jetzt die Stimme erheben statt sie im September abzugeben:

- Keine Überflüge mehr über bewohntes Gebiet!
- Deckelung der Flugbewegungen bei 380.000 pro Jahr
- bei einem strikten Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr!
- Für eine gute, sichere und soziale Welt!

gez. ein neuer Altbetreffener, der allmählich immer mehr zum alten Neubetroffenen wird.

Roger Treuting
Bl Rüsselsheim



1. MAI 2013

GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE. SOZIALES EUROPA.

Kundgebung

Rüsselsheim, Lassalle-Platz, Beginn: 10.30 Uhr
Redner/in: Jürgen Johann, ver.di Stadtverwaltung
Ingrid Reidt, Betriebsseelsorge
Ghiat Tatari, Kita-Stadtelternbeirat
Bernd Heyl, GEW
Ein Betriebsratsmitglied von HP
Maifeier im Naturfreundehaus ab 13 Uhr



Diskussionsveranstaltung

2. Mai, 19.00 Uhr, Stadthalle, Lassallesaal
80 Jahre - Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis
Referenten: Bernd Heyl, Walter Keber, Guido Casu